

Der Sonntag muss ein Ruhetag bleiben!

Mit dem neuen Arbeitsgesetz dürfte zum ersten Mal ein Detaillist rund um die Uhr offen haben. Die EVP wehrt sich gegen mehr Sonntags- und Nachtarbeit.



Kein Bedürfnis für längere Öffnungszeiten: Marianne Streiff.

MARIANNE STREIFF,
NATIONALRÄTIN

Es ist auf den ersten Blick eine kleine Änderung, welche uns die Vorlage «Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops» vorschlägt: In Tankstellenshops von Autobahnraststätten und an Hauptverkehrsstrassen dürften Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neu auch sonntags und in der Nacht beschäftigt werden. Das gilt bereits für den Verkauf von Benzin. Auch ein Tank-

stellenbistro darf die ganze Nacht offen haben und dazu Personal beschäftigen. Der Shop hingegen muss heute um ein Uhr nachts schliessen.

Wehret den Anfängen

Natürlich kann man sagen, das Personal sei ohnehin vor Ort und könne neben dem Bistro auch den Shop die ganze Nacht betreiben. Doch damit hätte zum ersten Mal ein Detailhändler die ganze Nacht offen – auch am Sonntag. Andere werden gleichlange Spiesse fordern.

Entsprechende Vorschläge wurden im Parlament bereits deponiert. Es ist deshalb entscheidend, dass wir an dieser Stelle Nein sagen.

Das Arbeitsgesetz ist für den Schutz der Arbeitnehmenden geschaffen worden. Es hat diese vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu schützen. Das geltende Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit darf deshalb nicht weiter ausgehöhlt werden. Der Sonntag muss ein Ruhe- und Feiertag bleiben.

Längere Öffnungszeiten sind kein Bedürfnis

Vor allem in den Städten werden Polizei und Rettungsdienste der 24-Stunden-Gesellschaft und ihren Auswüchsen wie Littering, Vandalismus, Alkoholmissbrauch und Gewaltausbrüchen kaum mehr Herr. Da ist es nicht sinnvoll, das Angebot in der Nacht und am Sonntag weiter auszudehnen. Die Stimmberechtigten haben in über zehn Kantonen Nein gesagt zu Einkäufen am Sonntag und in der Nacht. Längere Öffnungszeiten sind kein Bedürfnis, obwohl das immer wieder behauptet wird.

Die EVP hat das Referendum als Mitglied der Sonntagsallianz unterstützt. Sie will nicht mehr Nacht- und Sonntagsarbeit. Entsprechend haben die Delegierten der EVP Schweiz am 22. Juni in Schaffhausen mit 81 zu 4 Stimmen die Nein-Parole zur Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops beschlossen.

KOMMENTAR



Überladen, unkonkret und unchristlich

Nach 7 Jahren liegt ein Entwurf zum Lehrplan 21 vor. Diese grosse Arbeit gilt es zu würdigen. Doch mit der langen Erarbeitung stieg auch der Umfang: Über 500 Seiten mit Hunderten von Kompetenzen umfasst der Lehrplan für die Schule der nächsten Jahrzehnte. Das schiere Ausmass wird nicht nur die Lehrpersonen, sondern auch die Lehrerbildner überfordern.

Speziell im grossen Fachbereich «Natur, Mensch und Gesellschaft» sind die Kompetenzen nicht ausreichend mit Lehrinhalten konkretisiert. Somit werden entweder die Kantone zusätzlich noch Umsetzungslehrpläne erstellen müssen oder aber die Lehrerinnen und Lehrer bleiben mit der Konkretisierung auf sich alleine gestellt. Die angestrebte Harmonisierung der Lehrinhalte würde nicht erreicht.

Noch schwerer wiegt, dass sämtliche Bezüge zur christlichen Tradition der Schweiz verschwunden sind, geschweige denn ein Fach «Biblische Geschichte» vorgesehen ist. Ein solch überladener, unkonkret und sogar unchristlicher Lehrplan darf nicht Basis der Schulbildung unserer nächsten Generationen werden.

Joel Blunier, Generalsekretär

Anzeige

fachlich fundiert -
zeitlich flexibel

MARTIN BUCER SEMINAR
Reformatorsche Theologie heute www.bucer.ch

Berufsbegleitend
Theologie studieren

Bei Gott keine Ausschussware

Für Pfarrer Ernst Sieber, der die EVP von 1991 bis 1995 im Nationalrat vertrat, ist die Bibel sein Parteibuch. Diese etwas überspitzt wirkende Aussage trifft dann zu, wenn uns bewusst ist, dass es die biblischen Normen sind, welche unser politisches Handeln prägen sollen. Jesus sagte, man solle dem Kaiser gegeben, was ihm zustehe und Gott, was ihm gehöre. Dies ist eine der Aussagen, welche mir für unser Denken und Handeln wichtig ist.



Ed Rieben

Basierend auf christlichen und damit biblischen Werten wollen wir als EVP auf allen Ebenen unseres Staatswesens Politik betreiben. Dabei darf uns bewusst sein, dass im Sinne der Bibel jeder einzelne Mensch einen unendlich grossen Wert hat. Gott hat uns unterschiedlichste Fähigkeiten gegeben. Die Menschenwürde ist durch das begründet, was Gott uns gegeben hat, unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Rasse oder Gesundheitszustand.

Der frühere Präsident des Diakonischen Werkes in Deutschland, Theodor Schober, hielt 1985 in einer Rede, welche mich beeindruckte, folgendes fest: «Ich bin ein Geschöpf Gottes, und zwar ein geratenes, kein missglücktes. Bei Gott gibt es keine Ausschussware. Gott hat jedes Menschenleben einmalig als Kunstwerk geschaffen.» Wir sind als Christen in die Nachfolge und in den Dienst in der menschlichen Gemeinschaft und damit auch in der Politik gerufen. Eine Priorität gilt den Ärmsten. Alle Menschen sollen spüren, dass sie ernst genommen und vor allem geliebt sind. Alle sollen Zugang zu sauberem Wasser, zu Nahrung und Bildung haben.

Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Die Erbschaftssteuer ist wichtig für den sozialen Frieden im Land. Sie ist moderat und liberal und wirkt der Entwicklung entgegen, dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden.»

Der 80-jährige Nobelpreisträger Richard Ernst im Mai am «Speaker's Corner» im Winterthurer Eulachpark in seinem «Votum für politischen Weitblick und für eine vernünftige Erbschaftssteuer.»

«Ohne den vom Evangelium gebotenen Anspruch eines jeden Christenmenschen auf die tätige Nächstenliebe seiner Glaubensbrüder, ohne die von der Schöpfungsgeschichte beschworene Gottesebenbildlichkeit eines jeden Erdenbürgers, ohne das Dogma, dass Christi Kreuzestod ausnahmslos jedem Gläubigen den Heilsweg eröffnen kann, hätte sich der moderne Aufklärungsbegriff von Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit nicht entwickelt. Weder die Unantastbarkeit der Menschenwürde, wie sie in den modernen Menschenrechten kodifiziert wird, noch die verbindliche Solidargemeinschaft des modernen Sozialstaates sind unabhängig von ihren religiösen Quellen zu begreifen.»

Daniel Binswanger im «Magazin» vom 1. Juni über die christlichen Grundlagen unserer Kultur und Zivilisation. Bemerkenswert!

PAROLEN DER EVP

beschlossen von der Delegiertenversammlung am 22. Juni 2013 in Schaffhausen für die Abstimmung vom 22. September 2013:

Initiative «Aufhebung der Wehrpflicht»	NEIN
Epidemiengesetz (Revision)	JA
Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops	NEIN

AUS DEM INHALT

Sonntagsverkäufe in der ganzen Schweiz?	4
Die Tricks von	
Unheilige Allianzen:	6
Wer Lösungen will, muss die Mitte wählen	

Mit Freunden etwas bewegen

Claudia Meder ist die neue Präsidentin der *jevvp. Sie folgt auf Roman Rutz und Sara Fritz, welche die Partei vier Jahre lang im Co-Präsidium geführt haben.

*Claudia, wie bist du zur Politik und der *jevvp gekommen?*

Vor 3 Jahren wurde ich angefragt für die Nationalratswahlliste. Später habe ich mich im Vorstand der *jevvp engagiert. Bei uns wurde schon am Familientisch viel über Politik diskutiert. Dass ich mich wenn überhaupt für die EVP entscheide, war mir schon immer klar. Hier kann ich dahinter stehen.

*Jetzt bist Du bereits Präsidentin der *jevvp.*

Niemand fühlte sich berufen, also habe ich mich gemeldet. Ich übernehme gerne Verantwortung. Es liegt mir an der Sache. Jemand muss es machen! Und ich stehe ja nicht alleine da: Wir haben einen guten Vorstand und motivierte Mitglieder.

*Was gefällt Dir an der *jevvp? Was weniger?*

Mir gefällt, dass wir einen ehrlichen Umgang untereinander pflegen. Man fordert einander heraus und sucht nicht immer den einfachen Weg. So können sich spannende Diskussionen entwickeln: Was ist wirklich unsere Meinung? Wie können wir sie vertreten?

Manchmal wünsche ich mir, dass die Mitglieder etwas verbindlicher mitmachen. Es gibt Events, da kommen viele und dann wieder andere, wo fast niemand kommt. Und ich will



Für Claudia Meder muss Politik auch Spass machen.

kürzere Sitzungen! Das wird jedoch schwierig, weil wir alle gerne reden.

*Welche Vision hast Du für die *jevvp?*

Die *jevvp soll nicht eine weitere Verpflichtung sein, wo man auch noch hingehen muss, sondern etwas, worauf man sich freut, wo man Freunde trifft und miteinander etwas bewegen kann. Die Hemmschwelle für junge Leute muss tief sein. Es soll niemand das Gefühl haben, er oder sie sei zu jung oder zu unerfahren. Man muss auch nicht gleich ein Amt übernehmen. Es geht darum, einfach mal dabei zu sein.

*Was läuft aktuell bei der *jevvp?*

Dieses Jahr folgen das Wanderweekend im August sowie zwei Mitgliederversammlungen. Nächstes Jahr machen wir wieder ein Skiweekend und das Osterlager. Dann folgt schon bald das 10-Jahr-Jubiläum. Eine Arbeitsgruppe zum Thema Fairtrade ist am Werk. Mit

einem Nachwuchskonzept wollen wir schliesslich Mentoren und Mentees zusammenbringen.

Was plant ihr in Zukunft?

Wir wollen immer wieder Themen finden, die Junge interessieren. Im letzten Osterlager haben wir uns mit sozialer Gerechtigkeit befasst: das hat Leute angezogen, die sich sonst nicht mit Politik beschäftigen.

Wie siehst Du die Zusammenarbeit mit der EVP?

Die Vernetzung innerhalb der EVP ist mir sehr wichtig. Ich hoffe, dass wir mit dem Mentoringprogramm dazu beitragen können. Je länger es die *jevvp gibt, desto mehr ehemalige *jevvp-Leute sind in der EVP. Das hilft natürlich enorm.

Wie verläuft Deine persönliche Politik-Karriere?

Ich habe keinen 10-Jahres-Plan. Meine Chancen auf einen Sitz im Zofinger Einwohnerrat sind intakt. Doch ich bin diesbezüglich gelassen und kann nicht das ganze Leben darauf ausrichten. Wenn sich etwas ergibt, freue ich mich!

Du hast soeben Dein Studium zur Elektroingenieurin ETH abgeschlossen. Was folgt jetzt?

Mein Studium hat mir sehr gefallen. Ich wollte etwas Naturwissenschaftliches mit Praxisbezug machen. Nun freue ich mich auf meinen Einstieg als Trainee bei den SBB.

Claudia Meder, 23

Präsidentin der *jevvp, Elektroingenieurin ETH, Trainee bei den SBB
Mitarbeit im Kindergottesdienst der Reformierten Kirche Oftringen
Hobbys: Jungschar, Gleitschirmfliegen, Wandern

Nachwuchskonzept

Als Nachwuchsorganisation der EVP will die *jevvp hoffnungsvolle Jungpolitiker/-innen entsprechend fördern: durch gezielte Schulungen und ein aktives Mentoring durch Kantonsparlamentarier/-innen. So sollen ambitionierte *jevvp-Talente bereit werden, dereinst den Stab zu übernehmen! Interessierte melden sich unter info@jevvp.ch.

Rückblick von Sara Fritz und Roman Rutz

Seit 2009 hatten Sara Fritz, Landrätin im Kanton Baselland, sowie Roman Rutz, Stadtparlamentarier in Wil, das Präsidium der *jevvp inne. Während dieser Zeit schafften einige *jevvp-Mitglieder den Sprung in kantonale oder lokale Parlamente. Wie sehen die beiden ihr Engagement?



Sara Fritz: «Ich bin dankbar für viele tolle Begegnungen, Erfahrungen und Freundschaften. Highlights waren z.B. das Benefiz-Fussballgrümpeli, die SchneewEEKENDS oder das Osterlager.»



Roman Rutz: «Die *jevvp macht Spass! Viele Freundschaften wurden geschlossen und so manche verrückte Idee entstand nach der Sitzung beim gemütlichen Beisammensein...»



Mehr tun gegen Menschenhandel

«Die Schweiz muss mehr gegen Menschenhandel tun» – Eine Schlagzeile, die 2012 zirkulierte. Ausgelöst wurde sie durch den Besuch von Michael Mutzner von der Westschweizer Evangelischen Allianz und mir bei der Menschenrechtskommission der UNO in Genf. Sechs Monate später lancierte Bundesrätin Simonetta Sommaruga den nationalen Aktionsplan gegen den Menschenhandel. Dabei wurden einige von unseren Anliegen aufgenommen.

Noch immer kommen in der Schweiz nur wenige Menschenhändler vor Gericht und wenn, werden sie viel zu milde bestraft. Die gute Nachricht ist, dass momentan viel unternommen wird, um diesen Missständen entgegenzutreten. So hat der Ständerat die Prostitution von 16- bis 18-jährigen unter Strafe gestellt. Nun muss der Nationalrat nachziehen.

Das Ziel ist Null-Toleranz bezüglich Menschenhandel in der Schweiz. Dazu müssen einerseits Präventions-, Rehabilitations- und Reintegrationsprogramme in den Herkunftsländern aufgebaut werden. Kinder und Jugendliche müssen unbedingt vor Menschenhandel geschützt werden! Dazu müssen Arbeitsplätze geschaffen und die Stellung der Frau in der Gesellschaft verbessert werden. Andererseits ist der Pornokonsum im Westen ein Förderfaktor – das muss thematisiert werden.

Die Christliche Ostmission engagiert sich seit über 20 Jahren gegen Menschenhandel. Bleiben wir gemeinsam dran!

Irene Hirzel ist Projektleiterin Frauen- und Kinderhandel bei der Christlichen Ostmission.

Ja zum Epidemienengesetz

Das Epidemienengesetz von 1970 soll an die heutigen Verhältnisse angepasst werden. Ziel ist ein wirksamer Schutz vor ansteckenden Krankheiten. Es wird von der EVP unterstützt.



MAJA INGOLD,
NATIONALRÄTIN

Mit der Revision des geltenden Epidemiengesetzes von 1970 soll sichergestellt werden, dass die Risiken von übertragbaren Krankheiten rechtzeitig erkannt und die nötigen Vorbereitungen getroffen werden können, um Krankheiten in der Schweiz möglichst nicht um sich greifen zu lassen. Das total revidierte Epidemiengesetz erlaubt eine zeitgemässe Erkennung, Überwachung, Verhütung und Bekämpfung. Es war im Parlament weitgehend unbestritten. Wenn es um übertragbare Krankheiten geht, ist offenbar allen klar, dass es eine nationale Strategie

und eine gesetzliche Grundlage braucht. Weil das Referendum ergriffen worden ist, stimmen wir über das neue Epidemiengesetz ab.

Beschränktes Impfblogatorium

Diskussionen gab es höchstens ums Impfblogatorium. Doch dieses ist im neuen Gesetz eingeschränkt worden gegenüber dem geltenden Recht. Der Bund kann Impfungen für gefährdete oder exponierte Personen anordnen (z.B. für ältere Menschen und das medizinische Personal), aber nicht mehr generell für alle wie im geltenden Gesetz. Bei schweren, sich rasch verbreitenden Infektionskrankheiten, die tödlich enden können, kann ein Impfblogatorium notwendig sein.

Das Obligatorium wird jedoch nicht mit Zwang durchgesetzt. Will sich z.B. eine Gesundheitsfachperson nicht impfen lassen, werden andere Lösungen gesucht, und sie wird beispielsweise für die Dauer der Gefahr auf einer nicht kritischen Station eingesetzt.

Sexualunterricht wird andersorts entschieden

Gegner behaupten weiter, der Bund nehme das Gesetz als Freipass, um den Sexualunterricht in der Schule voranzutreiben. Der Vorwurf ist absurd, die Realität der Entscheidungsflüsse in unserem föderalen System ist eine komplett andere. Die Schulhoheit ist und bleibt bei den Kantonen. Zur Befürchtung des «gläsernen Menschen»: Auch der Datenschutz ist mit Augenmass berücksichtigt worden. Der Bundesrat regelt die Zugriffsrechte und Datentransfers sind nur zulässig, wenn ein angemessener Schutz der Personendaten gewährleistet ist. Eine gewisse internationale Zusammenarbeit ist aber notwendig. Epidemien machen an der Landesgrenze nicht halt.

Es ist Aufgabe des Staates, die notwendigen Vorkehrungen für Krisensituationen zu treffen. Das Epidemiengesetz bildet dazu die gesetzliche Grundlage. Die Delegierten der EVP haben ihm am 22. Juni in Schaffhausen mit 65 zu 15 Stimmen zugestimmt.

Sonntagsverkäufe in der ganzen Schweiz?

National- und Ständerat haben einem folgenschweren Vorstoss zugestimmt: Unter dem Deckmantel der «Tourismusförderung» will der Tessiner Ständerat Fabio Abate Sonntagsverkäufe praktisch



in der ganzen Schweiz bewilligungsfrei zulassen. Besonders brisant: Das Volk hat zu dieser Entscheidung nichts zu sagen. Der Bundesrat soll das Anliegen durch eine blosse Verordnungsänderung in eigener Kompetenz umsetzen. Eine solch gravierende Änderung darf nie und nimmer durch die Hintertür eingeführt werden. Ein Grund mehr für ein deutliches Nein am 22. September. Dann dürfte der Bundesrat wohl von einer Verordnungsänderung absehen. Nebenbei: Das Plakatsujet der Kirchen gegen mehr Sonntagsarbeit!



Nein zur Aufhebung der Wehrpflicht

Die Initiative «Aufhebung der Wehrpflicht» trifft die Wehrpflicht – gemeint ist die Armee. Die EVP hilft nicht mit, das Militär personell auszubluten.



Gemeinsam für Sicherheit

MARIANNE STREIFF,
NATIONALRÄTIN

Der Initiativtext sagt es klar: «Niemand kann verpflichtet werden, Militärdienst zu leisten.» Die Wehrpflicht soll abgeschafft, ein freiwilliger Zivildienst beibehalten werden. Das lässt erahnen, wohin die Initiative zielt: auf die Abschaffung der Armee. Sie kommt ja nicht umsonst aus der Küche der GSoA. Ohne Wehrpflicht würde dem Militär rasch das nötige Personal fehlen.

Ohne Wehrpflicht bleibt nur die Berufsarmee

Freiwillig würden sich nur wenige zum Dienst melden. Und ob dies dann genau jene Personen wären, die sich für eine solche Aufgabe eignen, wage ich zu bezweifeln. Ohne Wehrpflicht bleibt nur die Berufsarmee. Denn die Rekrutierungsprobleme könn-

ten nur mit massiven finanziellen Anreizen entschärft werden. Eine Berufsarmee wäre jedoch zu teuer, in Friedenszeiten zu gross und ohne sinnvolle Beschäftigung und in Krisenzeiten zu klein. Die Initiative selbst schweigt sich über die künftige Organisation der Armee aus.

Dienstpflicht stärkt die Gesellschaft

Die Milizarmee ist eine tragende Säule unserer Demokratie. Wer tragende Elemente entfernt, riskiert, dass das Getragene ins Wanken gerät oder gar in sich zusammenfällt. Diese Aussage spricht ebenso für sich wie jene des Schriftstellers Friedrich Dürrenmatt: «Was alle angeht, können nur alle lösen.» Die Abschaffung der Wehrpflicht würde zur Entsolidarisierung der Gesellschaft beitragen. Wehrpflicht und Milizprinzip machen den Schutz des Landes zur gemeinsamen Aufgabe aller Schweizer Bürger.

Das stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Zudem schadet es nicht, wenn auch kritische Köpfe in der Armee mitmachen, welche die Abläufe, Automatismen, Traditionen und Strategien hinterfragen.

Initiative löst kein einziges Problem

Sicher muss sich die Armee gewissen Reformen stellen: Zum Beispiel müssen Leerläufe, sinnlose Übungen und die Warterei vermieden werden. Die Ausrüstung muss ergänzt und angepasst werden. Die Dienstgerechtigkeit lässt sich verbessern. Wir werden kaum umhinkommen, ein neues Armeeleitbild zu erarbeiten. Denkbar wäre auch, die sicherheitspolitischen Grundlagen einmal pro Legislatur einer Überprüfung durch das Parlament zu unterziehen und in regelmässigen Abständen völlig neu zu erarbeiten.

Die Abschaffung der Wehrpflicht löst kein einziges dieser Problemfelder, sondern würde einzig die Armee destabilisieren. Es wäre eine Abschaffung der Milizarmee durch die Hintertür. Kurz: Die Wehrpflicht ist sicherheitspolitisch unverzichtbar, militärisch notwendig und gesellschaftlich wünschenswert. Deshalb haben die EVP-Delegierten am 22. Juni in Schaffhausen mit 60 zu 24 Stimmen die Nein-Parole beschlossen.

Über die Erbschaftssteuerreform entscheidet das Volk!

An einer Pressekonferenz versucht der Gewerbeverband weiszumachen, die Erbschaftssteuerreform sei ungültig zu erklären, weil sie das Gebot der «Einheit der Materie» verletze. Für EVP-Präsident Heiner Studer entbehren diese Vorwürfe jeglicher Grundlage: «Die Initiative liefert null Angriffsfläche für eine Ungültigkeitserklärung durch das Parlament.» Sie verbindet einen Zweck (Einlage in die AHV) mit einem Finanzierungsvorschlag (nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer). Das ist absolut gebräuchlich und auch bei anderen Initiativen zu beobachten – zum Beispiel bei der Milchkuhinitiative, für die aktuell mit Unterstützung des Gewerbeverbandes Unterschriften gesammelt werden. Nur drei Tage vor seiner Medienkonferenz hat der Gewerbeverband das vom Bundesrat vorgeschlagene materielle Vorprüfungsverfahren von Volksinitiativen abgelehnt: Im Zweifelsfall müsse der Souverän an der Urne abstimmen können. Das gilt erst recht für die Erbschaftssteuerreform!



Risiko-Reaktoren müssen vom Netz

Für die EVP ist unverständlich, dass 43 Jahre nach der Inbetriebnahme des ersten Schweizer AKW noch immer nicht verbindlich geregelt ist, wann die Meiler abgeschaltet werden müssen. Das Risiko eines Störfalls nimmt mit jedem Betriebsjahr zu. Der Reaktordruckbehälter wird spröde, Betonarmierungen korrodieren, Materialien ermüden. Bei alten Anlagen sind die Sicherheitsreserven kleiner. Es braucht weniger, bis ein ernsthafter Zwischenfall geschieht.

Für eine faire Pflegefinanzierung

Mit einer Standesinitiative fordert EVP-Kantonsrätin Regula Streckeisen (TG), dass der Bund das Gesetz über die Pflegefinanzierung ändert. Kantone und Gemeinden sollen nicht länger verpflichtet werden, Pflegebeiträge auch an vermögende Personen zu zahlen. Der Staat soll dort helfen, wo es nötig ist, aber nicht mit der Giesskanne Steuergelder verteilen. EVP-Landrat Martin Geiser hat die Standesinitiative auch im Kanton Basel-Landschaft eingereicht.

Neue Fernsehsteuer

Die EVP ist nicht begeistert von der neuen Rundfunkabgabe, die der Bundesrat dem Parlament vorschlägt. Sie ist nichts anderes als eine neue Fernsehsteuer. Der Bundesrat will die heutige Empfangsgebühr abschaffen und durch eine geräteunabhängige Radio- und Fernsehgebühr ersetzen, welche grundsätzlich von allen Haushalten geschuldet ist.

Sauberer Finanzplatz

Die EVP will den automatischen Informationsaustausch, der alle wichtigen Finanzplätze umfasst, auf Gegenseitigkeit beruhen und auch Trusts einschliesst.

Mehr Transparenz im Rohstoffhandel

Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) reagiert mit zwei Vorstössen auf den Rohstoffbericht des Bundesrates. Mit einer Motion will sie ein Massnahmenpaket zur raschen Erhöhung der Transparenz im internationalen Rohstoffhandel bewirken. Mit einer Interpellation wirft sie die Frage auf, inwiefern die freiwillige Selbstregulierung genüge, damit die Unternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen.

Effiziente Armutsbekämpfung

Der Bund unterstützt die Armutsbekämpfungskasse des Internationalen Währungsfonds mit 50 Millionen Franken. Maja Ingold will in der Fragestunde wissen, wie der Bundesrat sicherstelle, dass der Schweizer Beitrag tatsächlich zur Reduktion der Armut beitrage.

Lehren für Jugendliche mit Behinderung

Bei der beruflichen Bildung von Jugendlichen mit einer Behinderung ist eine Abnahme der Lehrverhältnisse feststellbar. Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE) macht in der Fragestunde beliebt, ein umstrittenes Rundschreiben der IV zu sistieren, bis die Massnahmen für bessere Rahmenbedingungen für die Berufsbildung von Jugendlichen mit Behinderung greifen.

Kommission im Abstimmungskampf

Für Marianne Streiff ist es befremdend und stossend, dass die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus kurz vor der Asylabstimmung per Medienmitteilung aktiv in den Abstimmungskampf eingreift. Sie macht in der Fragestunde darauf aufmerksam.

Unheilige Allianzen

SP und SVP verhindern zunehmend brauchbare Lösungen. Das hat sich in der Sommersession bei mehreren wichtigen Geschäften gezeigt.

(mi/ms/nh). Die Sommersession hat eines klar gemacht: Wer Lösungen will, muss künftig die Mitte wählen. Eine unheilige Allianz aus SVP und SP hat die **IV-Revision**, die **Lex USA** und die **Sparmassnahmen im Bundeshaushalt** gebodigt. Mit teilweise grenzwertigen Communiqués hat insbesondere die SVP von ihrem Versagen abzulenken versucht. Wenn SP und SVP mit ihrer destruktiven Politik das Parlament blockieren, gibt es nur eines: Die Mitte so stärken, dass sie die unheilige Allianz zwischen den Polparteien überstimmen kann.

Die **Lex USA** war wegen Zeitdruck und unklarer Folgen zwar eine Zumutung. Dennoch stimmte die EVP der Vorlage zu. Am Schluss jubelten nicht mal die Sieger aus SP, SVP und FDP.

Nach zweijähriger Diskussion ist der zweite Teil der **6. IV-Revision** gescheitert. Damit verschwindet ein brauchbarer Kompromiss, von der EVP wesentlich mitgeprägt, in der Schublade. Die Blockade der Polparteien lässt nichts Gutes erahnen für künftige Revisionen der Sozialwerke.

Wenig beachtet, aber für die EVP und ihre Vertreterinnen wichtig: der Nationalrat stimmte der **UNO-Behindertenkonvention** zu.

Die **Initiative «Masseneinwanderung stoppen»** der SVP will die

Schweiz zur Neuverhandlung der Personenfreizügigkeit zwingen, um die Zuwanderung wieder eigenständig steuern zu können. Die EVP und der Nationalrat haben die vermeintlich simplen Rezepte für komplexe Probleme abgelehnt.



Die EVP-Nationalrätinnen Maja Ingold und Marianne Streiff.

Die **VCS-Initiative für den öffentlichen Verkehr** will die Einnahmen aus der Mineralölsteuer hälftig zwischen öV und Strasse aufteilen, der Bundesrat schlägt mit der **FABI-Vorlage** (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur)

einen anderen Weg ein. Er will Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Eisenbahn aus einem neuen Fonds finanzieren. Weiter soll der Pendlerabzug auf 3000 Franken begrenzt werden. Die EVP hat beide Vorlagen unterstützt.

Das **Betriebsende der bestehenden AKW** bleibt unklar. Heute kann ein Werk, solange die Sicherheit garantiert ist, unbefristet betrieben werden. Mit dieser Regelung werden die Betreiber immer Schadenersatz geltend machen können, weil einzelne Anlagenteile noch nicht amortisiert seien. Es braucht die Rückkehr zu befristeten Betriebsbewilligungen. Ein erster Versuch mit einer Motion, welche nach 40 Jahren eine höchstens zehnjährige Verlängerung vorsah, wurde vorerst vertagt.

Der Nationalrat hat dem **Staatsvertrag für den Flughafen Zürich** zugestimmt – ohne Illusionen und im Wissen, dass die damalige Lösung von BR Moritz Leuenberger für die Schweiz viel vorteilhafter gewesen wäre. Die EVP engagiert sich stark für lärm- und pistenlastende Anflugverfahren und trägt Pistenausbauten nur mit, sofern sie für einen sicheren Betrieb unerlässlich sind und nicht zu einem Kapazitätsausbau führen.

Aufgrund der rasant emporschnellenden Gesuchzahlen hat das Parlament für Spezialärztinnen und -ärzte wieder einen **Zulassungsstopp** beschlossen. Ausgenommen sind Hausärzte, Kinderärzte und auf Antrag von Maja Ingold alle Ärzte, die mindestens drei Jahre an einem Schweizer Spital gearbeitet haben.

Aus den EVP-Voten zur Masseneinwanderungsinitiative

Marianne Streiff in ihrem Fraktionsvotum: «Drei Hauptargumente gegen die Initiative: 1. Sie vereinfacht komplexe Sachverhalte und Handlungsfelder in unzulässiger Weise. 2. Sie lässt die Erfolge der aktuellen Zuwanderungspolitik völlig ausser Acht. 3. Sie macht keinerlei praktikable Vorschläge wie das nach einer allfälligen Annahme der Initiative brisante Verhältnis zur EU zu gestalten wäre.»

Maja Ingold: «Sollte die Arbeitskraft eines Einwanderers nicht mehr von Interesse sein, dann besteht keinerlei Anspruch auf dauerhaften Verbleib. Der Mensch als Kostenfaktor, der Mensch als Nutzfaktor! Die Selektion soll stattfinden nach Fachkompetenz, nach Bildung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit für die Einwanderung in die Schweiz, auf diese Insel der Glückseligen. Da bleibt mir der Atem weg, wenn ich diese Grundhaltung erkenne und mich frage, wohin wir gekommen sind und wie Eigennutz und Egoismus in der heutigen «Für-mich-stimmts-Gesellschaft» unverblümt und in der ganzen menschlichen Härte salonfähig geworden sind. (...) Das Konzept der SVP ist ein Retrokonzept, das einer einstigen Stellung der Schweiz nachtrauert. Es beruht auf einer gigantischen Überschätzung unserer Verhandlungsmacht, die unsere Optionen drastisch reduzieren könnte. (...) Die Initiative ist eine in jeder Hinsicht ruinöse Lösung.»

Mitgliederportal

Neu können alle EVP-Mitglieder ihre persönlichen Angaben in der Adressdatenbank selber verwalten. Sie haben mit einem persönlichen Brief die entsprechenden Zugangsdaten erhalten. Weitere Informationen auf www.evppev.ch/adressen.

Neu bis 34 in der *jev

Die *jev hat das Höchstalter für Mitglieder von 32 auf 34 Jahre erhöht und sich damit an die Praxis der meisten anderen Jungparteien angeglichen.

Club1000: Spenden lohnt sich!

Zur Erinnerung: Wer der EVP Schweiz und/oder der Kantonalpartei bis Ende Oktober gesamt-haft mindestens CHF 1000 spendet, wird am 29. November 2013 zum Club1000-Anlass eingeladen. Dieses Jahr findet das Abendessen mit musikalischer Umrahmung von Natasha & Andreas Hausammann («Kammerpop für die Seele») im Kirchgemeindehaus Liebestrasse in Winterthur statt. Wir danken Ihnen bereits jetzt für Ihre Unterstützung.

EVP will in Exekutive

Béatrice Chautems wird erste Exekutivpolitikerin der EVP Kanton Freiburg. Und Thomi Jourdan fehlt nicht viel zum ersten EVP-Regierungsrat.



Béatrice Chautems wird Gemeinderätin in Haut-Vully. Sie bekleidet damit das erste Exekutivamt für die EVP im Kanton Freiburg. Chautems ist zuständig für Schule und Bildung und die einzige Frau im Siebner-Gremium (5 FDP, 1 SVP, 1 EVP).



Die EVP BL hat mit Thomi Jourdan an den Regierungsratswahlen teilgenommen. Nach einem vorbildlichen und engagierten Wahlkampf erreicht Jourdan mit 45% der Stimmen ein hervorragendes Resultat gegen den CVP-Kandidaten Anton Lauber.



Neu in der Legislative

Stadt Bern: Martin Trachsel tritt aus dem Stadtrat zurück. Für ihn kommt die 32-jährige Bettina Jans-Troxler, Heilpädagogin, Theologin und Familienfrau (Bild).

Dietikon: Nach sechs Jahren tritt Thomas Wirth aus dem Gemeinderat zurück. Für ihn übernimmt die 22-jährige Naemi Weinmann.

Neu in der Exekutive

Andreas Oetliker ist neu im Gemeinderat von Grosshöchstetten. Er wird Nachfolger von Susanne Schwarz, die im Mai aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten musste.

Neue Präsidien

EVP Solothurn: Die Kantonal-sektion wird neu von Kantonsrat René Steiner und Philipp Frei im Co-Präsidium geführt. Eric Schenk ist nach 10 Jahren Aufbauarbeit zurückgetreten.

EVP Heimberg: Rosmarie Ryser übernimmt das Präsidium.

EVP Richterswil-Samstagern: Der Theologe Renato Pfeffer folgt auf Markus Balmer.

EVP Vechigen: Wegen Wegzugs von Co-Präsident Bernhard Bolliger wählt die EVP Hanspeter Steiner zum neuen Präsidenten.

EVP Wettingen-Limmattal: Einwohnerrätin Hanna Läng folgt nach zwei Jahren auf Helen Suter, welche für den Wettiger Gemeinderat kandidiert.

Weitere Ämter

ECPM: EVP-Präsident Heiner Studer ist ins Advisory Board (Beirat) des European Christian Political Movement ECPM gewählt worden.

Steffisburg: Lukas Ryser präsidiert dieses Jahr das Parlament und ist damit «höchster» Steffisburger.

Anzeige

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 20. Jahrgang, Nummer 3, August 2013
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr.

Herausgeber:
EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7
031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch
Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder
Redaktion: Niklaus Hari (nh)

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Joel Blunier, Irene Hirzel, Maja Ingold,
Claudia Meder, Marianne Streiff, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

TERMINE

- 24. August 2013 EVP Schweiz, Frutigen: Delegiertenversammlung und Zentralvorstand
- 26. August – 30. August 2013 EVP Schweiz und ECPM: Leadership Retreat auf der Meielisalp
- 14. September 2013 EVP Kanton Thurgau, Islikon: Bettagskonferenz «Zum Wohl! Gemeinwohl stärken»
- 22. September 2013 Eidgenössische Volksabstimmung
- 31. Oktober 2013 EVP Schweiz, Bern: Kurs «Neu in der EVP – Einführung in Politik, Organisation und Werte»
- 1./2. November 13 EVP Schweiz, Filzbach GL: Gründerworkshop
- 24. November 2013 Eidgenössische Volksabstimmung

A.Z.B.
3000 Bern 7



Neues Parteiprogramm für die EVP

(nh). Die EVP überarbeitet ihr Schwerpunkteprogramm. Eine Programmkommission unter der Leitung von alt Nationalrat Walter Donzé hat die Arbeit aufgenommen und stellt in diesen Tagen einen ersten Entwurf fertig.

Beibehalten wurde die aktuelle Struktur mit 16 Themenbereichen. Für Wahlen und Werbung ist eine Zuspitzung auf einige wenige Themen und kurze Anrisstexte vorgesehen.

Nebst dem bestehenden Programmtext ist eine Vielzahl von Inputs in die Arbeit eingeflossen: Wahlplattformen, Resolutionen, Positionen, Vernehmlassungen, etc. Unser Bild ist am Fokustag vom 1. Juni in Olten entstanden, zu dem alle Mitglieder eingeladen worden sind und ihre Ideen fürs neue Programm in einer strukturierter Diskussion einbringen konnten. Ein zweiter Fokustag fand am 8. Juni in der Romandie statt.

Der nächste Schritt ist nun die Vernehmlassung bei allen Sektionen, die für Oktober bis Dezember geplant ist. Einige Themen, zu denen verschiedene Varianten in Diskussion gegeben werden: Einheitskrankenkasse, Präimplantationsdiagnostik, Pensionskassenwahl, Pauschalbesteuerung, Quellensteuer, Kirche und Staat, etc. Die Programmkommission freut sich auf eine rege Beteiligung möglichst aller Sektionen!

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

- 24. August:** Für Kurzentschlossene: DV der EVP Schweiz in Frutigen: 1:12, Familieninitiative SVP, Autobahn-Vignette
 - 27. August:** Für europäische Vernetzer: Gasttag an der Leadership Retreat des European Political Movement auf der Meielisalp (englisch)
 - 14. September:** Bettagskonferenz «Zum Wohl! Gemeinwohl stärken – damit alle profitieren» der EVP Kanton Thurgau in Islikon
 - 19. September:** EVP International in Genf
 - 5. Oktober:** Fest der EVP in der Romandie, Bulle: Clown, Apéro, Gründung der PEV Sud-Fribourg, Konzert mit Philippe Decourroux, etc.
 - 30. November:** DV der EVP Schweiz in Winterthur, Club1000 am Vorabend
- Weitere Infos auf www.evpev.ch/termine

STELLEN

Gesucht: Leiter/-in Kommunikation

Infolge neuer Aufgaben in Kirche und Familie wird der aktuelle Kommunikationschef der EVP Schweiz, Niklaus Hari, sein Pensum per 1. Januar 2014 auf 40% reduzieren und neu als politischer Sekretär für die EVP tätig sein. Die EVP sucht deshalb eine/n neue/n Leiter/-in Kommunikation und hat die Stelle auf www.evpev.ch/jobs ausgeschrieben. Kennen Sie jemand, der für diese Aufgabe in Frage käme? Oder sind Sie selber interessiert? Generalsekretär Joel Blunier freut sich auf Ihre Bewerbung.



**Die auf den Herrn
hoffen, gewinnen
neue Kraft.**

Die Bibel: Jesaja 40,31

Agentur C®